

Volker Matthies (Hg.)

FRIEDEN durch Einmischung?

Der Schrecken des Krieges
und die (Ohn)Macht
der internationalen Gemeinschaft

Verlag J. H. W. Dietz Nachf.

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Frieden durch Einmischung? : Der Schrecken des Krieges
und die (Ohn)Macht der internationalen Gemeinschaft /

Volker Matthies (Hg.). – Bonn : Dietz, 1993

(Dietz-Taschenbuch ; 53)

ISBN 3-8012-3053-8

NE: Matthies, Volker [Hrsg.]; GT

Copyright © by Verlag J. H. W. Dietz Nachfolger GmbH

In der Raste 2, D-53129 Bonn

Lektorat: Martin Rethmeier

Umschlag: Manfred Waller, Reinbek (Foto: sipa press, Paris)

Gesamtherstellung: Ebner Ulm

Alle Rechte vorbehalten

Printed in Germany 1993

Inhalt

Volker Matthies

Die Schrecken des Krieges und die (Ohn)Macht der internationalen Gemeinschaft 7

EINMISCHUNG IN KRIEG UND FRIEDEN

Mir A. Ferdowsi

Kriege der Gegenwart –
Nachholprozeß nationalstaatlicher Konsolidierung? 27

Berthold Meyer

„Wehret den Anfängen!“
Konzepte und Wege der Kriegsverhütung 43

Thania Paffenholz

„Die Waffen nieder!“
Konzepte und Wege der Kriegsbeendigung 57

EINMISCHUNG IM NAMEN DER MENSCHLICHKEIT

Volker Matthies

Die Schrecken des Krieges: Zivilisten im Kreuzfeuer 71

Horst Fischer

Der Schutz von Menschen im Krieg
Humanitäres Völkerrecht und Humanitäre Intervention 87

Heike Henn und Stephan Klingebiel

Helfer im Kreuzfeuer
Humanitäre Hilfe in Kriegssituationen 105

Winrich Kühne
Ohne Soldaten geht es nicht!
Rettung aus der Not durch „robuste“ Blauhelmeinsätze 123

Jochen Hippler
Krieg und Chaos
Irreguläre Kriegführung und die Schwierigkeiten externer
Intervention 139

Jochen Hippler
Hoffnungsträger UNO?
Die Vereinten Nationen zwischen Friedenseuphorie und
realpolitischer Ernüchterung 155

EINMISCHUNG GEGEN DEN KRIEG

Jens Reuter
Jugoslawien: Versagen der internationalen Gemeinschaft? 171

Kathrin Eikenberg
Somalia: Vom Krieg der Clans zum Krieg der UNO? 183

Peter J. Opitz und Doris Seemüller
Kambodscha: UNO-Frieden nach Völkermord und Bürgerkrieg? 199

Die Autoren 216

Kriege der Gegenwart

Nachholprozeß nationalstaatlicher Konsolidierung?

Der Optimismus und die Friedenseuphorie unmittelbar nach dem Ende des Kalten Krieges sind heute, drei Jahre später, einer weltpolitischen Ernüchterung gewichen. Unverminderter Fortgang der Kriege in der Dritten Welt prägen das Bild der Weltgesellschaft ebenso wie Konflikte, Kriege und Flüchtlingselend von Osteuropa bis zum zentralasiatischen Tadschikistan als neuem Krisenzentrum der Weltpolitik – Folge des kaum steuerbaren Zerfalls des ehemaligen Ostblocks in Klein- und Mikro-Staaten und rückwärtsgewandter Flucht in überlebt geglaubte ethnisch-nationalistische Bewegungen, die immer häufiger „ethnische Säuberungen“ zur Folge haben.

So sehr der jugoslawische Bürgerkrieg auch angesichts des Versagens der Politik der Staatengemeinschaft, diesen Konflikt zu verhindern bzw. ihn einzudämmen, zur Zeit im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses steht, ist er bei genauerer Betrachtung der Kriegsursachen doch keine singuläre Erscheinung. Denn die sich durch den Zerfall des sowjetischen Imperiums anbahnenden Konfliktformationen weisen nicht nur dieselben Symptome auf, sondern auch im Hinblick auf ihre Ursachen ähneln sie in frappierender Weise jenen innerstaatlichen und sezessionistischen Konflikten in der Dritten Welt, von denen seit dem Zweiten Weltkrieg mehr als die Hälfte aller unabhängigen Staaten betroffen waren, und die die Verfolgung und Unterdrückung von mehr als fünfzig Völkern zur Folge hatten.

Nach einem kurzen Überblick über die Dimension der Kriege seit dem Zweiten Weltkrieg sowie einigen empirischen Befunden wird versucht, die Vielschichtigkeit und Wechselwirkung jener Prozesse offenzulegen, die mit unterschiedlichen Gewichten Konflikte ausgelöst haben und auch in der Zukunft auslösen werden.

1. Kriege seit dem Zweiten Weltkrieg – ein empirischer Befund

Ogleich das größte Problem bei der Ermittlung eines relativ zuverlässigen Bildes über Zahl und Art der gewaltförmigen Konfliktaustragungen nach wie vor der Umstand ist, daß die bisherigen Untersuchungen mit unterschiedlichen Kriterien arbeiten¹, ist es der vergleichenden Kriegsur-sachenforschung dennoch gelungen, auf der Grundlage der Kriegsdefinition des ungarischen Sozialwissenschaftlers István Kende² – trotz ihres angeblichen „ideologischen Bias zugunsten sozialistischer Staaten“³ – einen relativ zuverlässigen Überblick über die Dimensionen der Kriege nach dem Zweiten Weltkrieg zu vermitteln. Die auf dieser Grundlage erfaßten 188 Kriege seit dem Zweiten Weltkrieg (siehe Tabelle) weisen folgende Merkmale und markante Aspekte auf⁴:

- seit dem Zweiten Weltkrieg war die Welt nur für kurze Zeit ohne Krieg – 26 Tage im September 1945;
- die Häufigkeit der jährlich geführten Kriege nimmt kontinuierlich zu: 1945:3; 1955:15; 1965:24; 1975:21; 1985:33; 1993:53. Die Steigerung hängt nicht zuletzt mit dem Umstand zusammen, daß eine Vielzahl der Kriege von langer Dauer waren – 26 kriegerische Konflikte erstreckten sich über mehr als fünf und 41 über zehn Jahre;
- die Schauplätze von 176 der 188 Kriege (230 der 246 Fallbeobachtungen) liegen in der Dritten Welt. Regional waren Nord- und Schwarzafrika mit 73 Kriegen am häufigsten betroffen. Ihnen folgten Süd- und Südostasien mit 64, der Nahe und Mittlere Osten sowie Mittelasien mit 57 und Süd- und Zentralamerika mit 34 Kriegen. Wenngleich in der Tabelle nicht gesondert spezifiziert, ist die ehemalige Zweite Welt – bis Ende der achtziger Jahre beinahe ein weißer Fleck in der Statistik der „Kriegsbuchhalter“ – mit 8 begonnenen Kriegen seit 1990 dabei, die Liste der am häufigsten von Krieg betroffenen Regionen der Welt anzuführen;
- die Zahl der nicht klar zu identifizierenden Kriege ist überproportional gestiegen, wie aus der steigenden Zahl der Mehrfachnennungen in der Tabelle zu ersehen ist; neben methodischen Problemen bei der Zuordnung dürfte dies vor allem auf eine zunehmende Verquickung von Konfliktanlässen zurückzuführen sein, wovon insbesondere Afrika sowie der Nahe und Mittlere Osten betroffen waren;
- die Industrieländer waren – einschließlich der 26 Entkolonisierungskriege – in 63 Fällen offen oder direkt, allein (21 Fälle) oder mit Hilfe anderer Dritte-Welt-Staaten (19 Fälle) an diesen Kriegen beteiligt, wobei Großbritannien mit 17, Frankreich und die USA mit je 14 Kriegsbe-

Tabelle: Militärische Konflikte seit 1945*

Dekade	Begonnene Kriege																1945-1993				
	1945-1954				1955-1964				1965-1974				1975-1984					1985-1993			
UNO-Mitglieder	49- 60				-116				-136				-157				-183				(+) Mehr- fachnen- nungen
Region/Kriegstyp	A	B	C	D	A	B	C	D	A	B	C	D	A	B	C	D	A	B	C	D	
Zentral-/Ost-/West-/ Nord-/Südli. Afrika	—	1	—	4	5	7	3	7	4	2	1	2	12	4	6	3	6	5	1	—	52 (+ 21)
Zentral-/Südamerika/ Karibik	6	—	1	—	8	—	2	—	4	—	1	—	6	1	2	—	3	1	1	—	34 (+ 2)
Süd-/Südostasien	7	4	5	3	6	1	6	2	5	5	3	—	2	4	4	—	—	6	1	—	49 (+ 15)
Mittel-/Süd-/Südost- Europa	4	—	—	—	1	2	—	1	—	3	—	—	—	—	—	—	1	3	1	—	12 (+ 4)
Naher/Mittlerer Osten/Mittelasien	2	2	1	3	3	3	1	1	5	3	5	1	8	7	3	—	4	3	2	—	41 (+ 16)
Begonnene Kriegstypen	19	7	7	10	23	13	12	11	18	13	10	3	28	16	15	3	14	18	6	—	188 (+ 58)
Insgesamt	43				59				44				62				38				

A Anti-Regime-Kriege; B Innerstaatliche Religions-, Sezessions- und Stammeskriege
C zwischenstaatliche Kriege, Grenzkriege; D Entkolonisierungskriege.

* Eigene Berechnungen und Aktualisierung auf der Grundlage der Listen von Ulrike Borchardt u. a.: Die Kriege der Nachkriegszeit. Interne und internationale bewaffnete Konflikte von 1945 bis 1985, in: *Vereinte Nationen*, Heft 2/1986, S. 68-74 sowie Klaus-Jürgen Gantzel/Torsten Schwinghammer/Jens Siegelberg: Kriege der Welt. Ein systematisches Register der kriegerischen Konflikte 1985 bis 1992, in: *Interdependenz*. Materialien der Stiftung Entwicklung und Frieden, Nr. 13/1992, Bonn.

teiligungen die Rangliste der kriegführenden Staaten anführen. Während in Afrika in 47 Prozent der Kriege fremde Mächte interveniert haben, fanden in Asien sowie im Nahen und Mittleren Osten auswärtige Einmischungen nur in einem Viertel der Kriege statt. Wurde in Zentralamerika in 5 von 15 Fällen von außen eingegriffen, so fand in Südamerika keine Intervention von außen statt;

- das Tötungs- und Zerstörungspotential der militärischen Operationen ist um ein Vielfaches gestiegen, wobei vor allem die Zivilbevölkerung verstärkt in Mitleidenschaft gezogen wurde (siehe hierzu den Beitrag von Volker Matthies);
- bei den 124 zwischen 1945 und 1992 beendeten Kriegen trug der Angreifer in 28 Fällen einen Sieg davon, wohingegen 36 kriegerische Konflikte mit einer Niederlage des Angreifers und 7 Kriege durch Abbruch der Kämpfe endeten. In 16 Fällen einigten sich die Kriegsparteien ohne Vermittler und immerhin 37mal wurden Kriege durch Vermittlung Dritter beigelegt.

2. Die Schwierigkeiten der Formulierung einer allgemeinen Kriegsursachentheorie

Ogleich es insbesondere im Rahmen der Makro-Konfliktforschung nicht an Versuchen gefehlt hat, die internen und externen Konflikte sowie die Wechselwirkungen zwischen ihnen zu untersuchen⁵, sind wir heute noch weit davon entfernt, eine Theorie der Ursachen aller Kriege und Kriegstypen zu liefern. Sieht man von so allgemeinen Erklärungen wie etwa dem Schlagwort von der „Torheit der Regierenden“⁶ oder der „Aggressivitäts-Determiniertheit“⁷ der Menschen ab, wonach es sich bei Kriegen „nicht um eine funktionslose Entgleisung (handelt), sondern um eine spezifisch menschliche Form der Zwischengruppen-Aggression, mit deren Hilfe Menschengruppen um Land und Naturgüter konkurrieren“⁸, so haben insbesondere seit den Systemtransformationen in Osteuropa auch jene Erklärungsansätze an Plausibilität verloren, die kriegerische Auseinandersetzungen entweder zur „Süddimension des Ost-West-Konfliktes“ bzw. zu „Stellvertreterkriegen der Supermächte“ degradiert haben oder entlang der Kausalkette „sozio-ökonomische Instabilität – Not – Armut – sozialer Umsturz“ zwischen Unterentwicklung und dem Ausbruch von Konflikten eine unmittelbare Beziehung herzustellen suchten. Während Vertreter der „Ost-West-These“ die lokalen und regionalen Konflikt-

potentiale in der Regel ebensowenig wie die Eigendynamik von Konflikten systematisch in die Untersuchung einbezogen noch die Tatsache, daß doch die Ursachen der meisten Kriege zu vielfältig und kompliziert, die Interessen und Zahl der Akteure zu unterschiedlich waren, als daß sie mittels einfacher „Klientelbeziehungen“ zu den Supermächten nach Belieben entfacht oder eingedämmt werden konnten, blendeten die Vertreter der letzteren Interpretation die historische Erfahrung aus, daß selbst ein ausgeglichener Entwicklungsprozeß zu Umbrüchen führt. Schließlich, so die Kritik, impliziere jede „Entwicklung, aber auch Fehlentwicklung und Unterentwicklung sozialen Wandel, das heißt den Abstieg alter Hauptgruppen einer Gesellschaft (Klassen und Schichten) sowie den Aufstieg neuer“, was „in der Regel äußerst konfliktträchtig und nach aller historischen Erfahrung mit Gewalt durchsetzt“ sei.⁹

Angesichts des Mankos dieser und ähnlich gelagerter Erklärungsansätze¹⁰, aber auch hinsichtlich der wenig ermutigenden Entwicklungen nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes und dem Zerfall des Sowjetimperiums ist es an der Zeit, nicht nur unsere eingefahrenen Kategorien, Erfahrungsmuster und festen Perspektiven im Hinblick auf die Entstehungsbedingungen der Kriege in Frage zu stellen, sondern auch die nach wie vor von Clausewitz geprägte instrumentelle Auffassung von Krieg als der „Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln“, und dazu überzugehen, nach grundsätzlicheren, weitreichenderen und tiefgreifenderen Erklärungen zu suchen.

Eine genauere Betrachtung der Formen (86 A-, 59 B- und 49 C-Kriege), Anlässe, Begründungen und Rechtfertigungen der Konflikte durch die involvierten Parteien liefern dabei eine Reihe von Indizien für die Vermutung, daß es sich bei der überwiegenden Zahl der Kriege gleichsam um den Prozeß der „Verdauung“ des europäischen Staatsgedankens in Gestalt des Prinzips „Nationalstaatlichkeit“ handelt, der auch in (West-)Europa erst „nach schmerzlichen historischen ‚Lernkosten‘ in Form von revolutionärer Gewalt, Bürgerkriegen und Kriegen heute einigermmaßen ausgereift“ ist.¹¹

3. Von der „Staats-“ zur „Nationenbildung“ – Kriege als Nachholprozeß nationalstaatlicher Konsolidierung

Für eine solche Annahme spricht zum einen die Tatsache, daß sowohl der Zerfall übernationaler Großreiche in diesem Jahrhundert – im Europa des Jahres 1918 nach dem Zusammenbruch der Habsburger Doppelmonarchie nicht anders als beim Zerfall des Osmanischen Reiches – eine Reihe von Kriegen nach sich zog, als auch die Liquidierung der französischen, britischen und niederländischen Kolonialreiche seit 1945 sowie des portugiesischen Kolonialgebietes Mitte der siebziger Jahre, und der Zerfall des Sowjetimperiums seit Beginn der neunziger Jahre. Zum anderen wird sie durch die zu beobachtende positive Korrelation zwischen der Entstehung neuer Staaten und der Anzahl der begonnenen Kriege bestätigt, wie aus der Tabelle zu ersehen ist, sowie durch den Umstand, daß Staaten mit vielen kolonialen Grenzen besonders häufig in Kriege verwickelt sind – nahezu drei Viertel der Kriege (194 von 246 Fallbeobachtungen) fanden bzw. finden auf dem Territorium von oder zwischen den postkolonialen Staaten statt.

Eine solche Interpretation gewinnt darüber hinaus auch drittens durch die von Theodor Schieder Mitte der sechziger Jahre aufgestellte „Typologie“ der Entstehungsformen des Nationalstaates in Europa¹² eine gewisse Plausibilität. Sie weist frappierende Ähnlichkeiten mit den für die Kriege der Nachkriegszeit charakteristischen Typologien auf: Während sich der moderne Nationalstaat in England und Frankreich durch eine innerstaatliche Revolution herausbildet, stand die Entstehung des Nationalstaates in Deutschland und Italien im Zeichen der „Einheitsbewegungen“. Hier entstand der Einheitsstaat aus voneinander getrennten Teilstaaten, die ihre politische Zerrissenheit überwinden wollten und denen „die Nation als eine vor dem Staat gegebene, entweder historisch oder kulturell oder als sozialer Verband gegründete Größe“ erschien.¹³ In Osteuropa wiederum bildete sich der moderne Staat, etwa in Polen, der Tschechoslowakei und Rumänien, durch Abtrennung und Sezession von multinationalen Großreichen. Das politische Bewußtsein dieser Bewegungen und der sie tragenden Völker entwickelt sich nicht im und am Staat, sondern war durch die Gegnerschaft zum bestehenden Staat geprägt.

Diese idealtypische Vereinfachung sagt allerdings nichts aus über jene sehr komplizierten, sich über Jahrhunderte und Jahrzehnte erstreckenden internen Prozesse, die letztlich zur Herausbildung des modernen Nationalstaates nordwest-europäischer Prägung beigetragen haben, den die postkolonialen Staaten aller Wahrscheinlichkeit nach zu wiederholen

bzw. nachzuvollziehen im Begriff sind. Die wesentlichen Merkmale dieser Prozesse lassen sich wie folgt kurz zusammenfassen¹⁴: Herausbildung der Territorialstaatlichkeit; Versuch der Kontrolle des Gewaltmonopols; Herausbildung einer territorialweiten Verkehrswirtschaft; Vereinheitlichungsprozesse im Verkehrs-, Rechts- und Bildungswesen, insbesondere auch im Hinblick auf eine gemeinsame Hochsprache; soziale Mobilisierung durch sukzessive Entbäuerlichung, Urbanisierung und Alphabetisierung sowie damit zusammenhängend die Herausbildung neuer Sozialschichten, insbesondere Bürgertum und Mittelklasse; breitenwirksame Politisierung, die sich mit vielen Rückschlägen dennoch in Demokratisierungsschübe übersetzte; Sozialstaatlichkeit, und schließlich – erst in einer Spätphase der genannten Prozesse – die Herausbildung nationaler Identität.

Wenngleich es sich bei diesen Entwicklungsstufen nicht um sämtlich notwendige, womöglich sogar in der Reihenfolge festgelegte, vorher bestimmbare Teilphasen eines in sich geschlossenen Gesamtvorganges handelt, erhärtet eine vergleichende Betrachtung der Konflikthanlässe und -austragungen in den meisten postkolonialen Gesellschaften der Dritten Welt ebenso wie in Osteuropa und Mittelasien seit dem Zerfall des Sowjetimperiums die Vermutung, daß nach gelungener Staatsbildung – in der Regel der leichteste Schritt auf dem Weg zur „Eigenständigkeit“ – die umfassenden Prozesse zur Herausbildung einer eigenen „nationalen“ Identität von einer „Krisenpentarchie“ begleitet werden, deren Elemente in verschiedener Reihenfolge und Intensität und mit unterschiedlichem Gewicht auftreten und die unterschiedlichsten Typen von Kriegen verursachen:

Penetrationskrisen, als Reaktion auf Auf- und Ausbau einer leistungsfähigen Bürokratie, um den Einfluß der Regierung in allen Regionen des Landes geltend zu machen. So vernünftigerweise eine solche Politik angesichts der erhöhten Anforderungen an den „Nationalstaat“ im Hinblick auf die politische und wirtschaftliche Entwicklung auch sein mag, so wird dieser Prozeß doch durch mindestens zweierlei Faktoren verschärft: Zum einen dadurch, daß sich die einzelnen Regionen nach demographischer Zusammensetzung, historischem Herkommen, kultureller Tradition und ökonomischer Struktur mehr oder weniger scharf voneinander abheben. Zum anderen, und weitaus gravierender, wirkt der Umstand, daß in kulturell heterogenen Staaten die herrschenden Eliten nicht selten das Ziel verfolgen, Volksgruppen sowie linguistische und religiöse Minderheiten durch gezielte staatliche Maßnahmen bestenfalls zwangsweise zu assimilieren,

im schlimmsten Fall jedoch deren Einfluß zugunsten der herrschenden „ethnischen Gruppen“ mittels „ethnischer Säuberungen“ oder „internem Kolonialismus“ auszuschalten. Daß eine solche Politik zwangsläufig den Widerstand jener Bevölkerungsgruppen herausfordert, die sich nicht in das betreffende Staatsgebiet integrieren lassen wollen, bedarf keiner besonderen Erwähnung. Nur vor diesem Hintergrund wird verständlich, warum sich seit dem Zweiten Weltkrieg jede revolutionäre bzw. separatistische Bewegung zur Erlangung nationaler Selbstbestimmung – in einer Art „Mikro-Nationalismus“ – in nationalen Begriffen definierte und die Gründung eines eigenen Staates anstrebte. Und es ist wohl kaum verwunderlich, wenn bei vielen „Ethnien“ und „Volksgruppen“ in Afrika, Asien und Osteuropa die Sehnsucht nach einem eigenen „Staat“ schlummert, mit der Folge, daß die Welt – so die Befürchtung des Generalsekretärs der Vereinten Nationen Butros Butros-Ghali – in 400 zum Teil wirtschaftlich marode Kleinstaaten zu zerfallen droht; davon allein 60 bis 80 „souveräne Einzelteile“ aus der Erbmasse des Sowjetimperiums.¹⁵ Es ist daher mehr als eine Ironie der Geschichte, wenn alle diese sezessionistischen Bewegungen sich gegen jene Staaten richten, die selbst unter Berufung auf das Selbstbestimmungsrecht der „Völker“ ihre eigene Unabhängigkeit erkämpft bzw. erlangt haben.

Partizipationskrisen als Manifestation der Forderung nach Erweiterung politischer Teilnahmerechte. Der für die Restrukturierung und Reformierung unverzichtbare Versuch, immer größere Bevölkerungsgruppen in den politischen Prozeß einzugliedern, führt zwangsläufig zur Entstehung neuer Interessengruppen mit neuen Forderungen, die eine grundlegende Veränderung vorhandener politischer und wirtschaftlicher Strukturen erfordert. Doch diesen steht in der Regel zweierlei im Wege: Zum einen die Monopolisierung politischer und wirtschaftlicher Macht durch einzelne Gruppen, die partizipatorische und pluralistische Strukturen verhindern; zum anderen – und dies gilt für die meisten nachkolonialen Staaten ebenso wie für die aus der Erbmasse der Zweiten Welt entstandenen Staaten – mangelndes Verständnis und unzureichende Erfahrung hinsichtlich demokratischer und ordnungspolitischer Grundprozesse. Hinzu kommt, daß demokratischer Aufbruch unter Bedingungen ökonomischer Krisen schnell ernsthafte Verschleißerscheinungen zeitigt. Es verwundert daher nicht, daß bislang nur in wenigen Fällen die Erwartungen hinsichtlich der Etablierung demokratischer Strukturen und des Aufbaus ziviler Gesellschaften auch tatsächlich erfüllt wurden, mit dem Ergebnis, daß, wie der überproportionale Anteil von Anti-Regimekriegen

verdeutlicht, schwere innere Machtkämpfe zwischen rivalisierenden Fraktionen und äußerst blutige Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen Gruppen eher die Regel als die Ausnahme sind.

So sehr ein temporär nachholender Nationalismus angesichts der europäischen Erfahrungen ein wichtiges Element kultureller Selbständigkeit war und als Instrument diente, „Rückhalt im Eigenen“ zu finden, den der Mensch offensichtlich für das Überleben braucht – gravierender und politisch brisanter sind jedoch die negativen Konsequenzen von *Identitätskrisen*. Denn die Entwicklung eines nationalen Gemeinschaftsgefühls bzw. eines Gefühls gemeinsamer Identität legt nicht nur und in erster Linie die „Entkolonisierung“ der Vergangenheit nahe, sondern auch die Konstruktion nationaler Identität durch Wiederherstellung „kollektive(r) Identität auf der Basis einer Kombination von primordialen (historischen, territorialen, sprachlichen, ethnischen) Faktoren bzw. Symbolen und politischen Grenzen“.¹⁶

Dabei stehen Staaten vor dem Problem, Bezugspunkte für ihre eigene Existenz zu finden, die über die im wesentlichen zufälligen und willkürlichen Grenzziehungen hinausgehen. Wo sich der Rückgriff auf eine Zeit der Unabhängigkeit in unmittelbarer Vergangenheit nicht von selbst anbietet, konstituiert sich diese „nationale Wiedergeburt“ im Rekurs auf die Geschichte. Das Verlangen nach Helden, Märtyrern und Mythen wird insbesondere dort zum Lebenselixier der neugewonnenen staatlichen Souveränität, wo als Folge des Zusammenbruchs totalitärer Systeme und Ideologien nicht nur geistige, moralische und psychische Trümmerlandschaften hinterlassen werden, sondern diese gleichzeitig auch zu individuellen und kollektiven Existenz- und Orientierungskrisen führen. Es verwundert daher nicht, wenn vielerorts als Ausdruck des nationalen Selbstbewußtseins zuallererst die jeweilige Sprache der Titularnationen zur „Staatssprache“ erklärt wurde.¹⁷ Daß eine solche Politik gleichermaßen als Element autonomer nationaler Emanzipation wie auch als ein manipulativ verfügbares Herrschaftsinstrument benutzt werden kann, mit verheerenden Folgen für die davon betroffenen gesellschaftlichen Gruppen, liegt auf der Hand. Denn der Prozeß der Identitätsfindung ist ein zweischneidiges Schwert: Um das Selbstwertgefühl der Bevölkerung zu stärken, werden nicht selten Unterschiede überbetont, mit dem Ergebnis einer ethnozentrischen Abgrenzung und Ausschließung von als „Minderheit“ definierten Gruppen. Wenn „Selbstfindung“ und Abgrenzung gar in fundamentalistische und chauvinistische Strömungen umschlagen, so kann dies verheerende Auswirkungen für die hiervon betroffenen Men-

schen haben – schnell gehen „Identitätskrisen“ Hand in Hand mit Aggression gegenüber „den anderen“ inner- oder außerhalb des eigenen Staates.

Doch dieser Prozeß scheint unerlässlich zu sein, da die von Entmündigung betroffenen Menschen, Gruppen und Völker erst durch eine gefestigte Identität zu Verflechtungen und Vernetzungen befähigt werden, ohne Gefahr zu laufen, dadurch erneut in identitätsvernichtende Abhängigkeiten zu geraten. Nur so läßt sich erklären, warum es so schwer ist, der in den fortgeschrittenen Staaten gewonnenen Erkenntnis auch in den „Nachzüglerstaaten“ zum Durchbruch zu verhelfen, daß die Lösung nationaler Probleme inzwischen nicht mehr in der Herstellung national homogener oder einheitlich administrativer Gebiete liegen kann, sondern nur in einer administrativen und institutionellen Entflechtung sowie regionaler Integration.

Diese Krisen werden überlagert bzw. begleitet von *Distributionskrisen*, da insbesondere die ökonomischen Veränderungsprozesse – erfahrungsgemäß durch eine „Revolution der steigenden Erwartungen“ verstärkt – ständig weitergehende Forderungen nach Gerechtigkeit, Sicherheit und Daseinsvorsorge nach sich ziehen, die allerdings aufgrund ökonomischer Zerklüftung und begrenzter wirtschaftlicher Ressourcen nur in den seltensten Fällen auch befriedigt werden können.

Schließlich und endlich treten *Legitimitätskrisen* auf, die entweder infolge des Wandels der bisherigen Legitimationsbasis und der sich daraus ergebenden Spannung zwischen neuen Machteliten und alten Autoritäten ergeben oder aber infolge eines Autoritätsverlustes staatlicher Institutionen, wenn die wesentlichen Ergebnisse der „Nationenbildung“ in Gestalt von territorialstaatlicher Konsolidierung, dem Aufbau einer leistungsfähigen Volkswirtschaft, dem Aufbau und der Sicherung von Rechtsstaatlichkeit und einer Ausweitung demokratischer Partizipation¹⁸ nicht erreicht werden können. Daß diese Krisen in der Regel nicht nur die Intensivierung innerer Unruhen zur Folge haben, sondern auch umstürzlerische Tendenzen verstärken, liegt auf der Hand und bedarf angesichts der Vielzahl der Anti-Regimekriege keiner weiteren Erörterung.

4. Nationenbildung und Krieg. Die Hypothek der Geschichte

Angesichts der verheerenden Konsequenzen dieser hier nur ansatzweise skizzierten Begleiterscheinungen der Prozesse der Nationenbildung ließe sich vortrefflich darüber debattieren, ob und welche anderen nicht-territorialstaatlichen Alternativen politischer Organisation bestanden haben, was im nachhinein aber müßig wäre. Feststeht, daß die meisten Staaten gar nicht in der Lage waren, den Rahmen für irgendeine Form nachholender Entwicklung abzugeben, und daß die historischen Ausgangsbedingungen zur Bildung von „Nationalstaaten“ – in den Regionen des Südens durch Kolonialismus, in Ostmitteleuropa nach dem Zerfall der multinationalen Donaumonarchie 1918 und schließlich in Mittelasien durch die Sowjetunion geschaffen –, fast überall ungünstiger als in (West-)Europa waren bzw. heute noch sind. Hierauf kann möglicherweise nicht nur das bisherige Scheitern der nachholenden „Nationenbildung“ zurückgeführt werden, sondern darüber hinaus dürften die Häufigkeit, die Intensität und die lang anhaltende Dauer der gewaltsam ausgetragenen Konflikte seit dem Zweiten Weltkrieg damit zusammenhängen.

Erstens fehlten hier nicht nur und vor allem die organisch gewachsenen Vermittlungsinstanzen, die eine ethnisch und kulturell heterogene Bevölkerung mühelos zu einer nationalen Interessengemeinschaft hätten verschmelzen können. Vielmehr stand der „Staat“, den die Kolonialmächte oder kleine Führungseliten – auf der Grundlage kolonialer Grenzen und Verwaltungseinheiten – etablierten, in seiner Auswirkung vielfach den territorialen, ethnischen, religiösen und geographischen Traditionen entgegen, da die „Staatsbildung“ in einem so relativ kurzen Zeitraum¹⁹ erfolgte, daß sich eine eigenständige Tradition des Nationalismus nicht entwickeln konnte.

Zweitens waren die meisten Staaten mit einer Reihe von historischen Hypotheken belastet, deren Abtragung den Prozeß der Nationenbildung zusätzlich erschwert hat bzw. in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion erheblich erschweren wird.

Haben sich die Schaffung von „künstlichen“ Grenzen bei der Aufteilung der Kolonialgebiete – etwa im Rahmen der Berliner Kongo-Konferenz 1884 – für die Dritte-Welt-Staaten vom ethnischen, politischen und ökonomischen Standpunkt aus gesehen später als problematisch erwiesen, so sind in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion ähnlich gelagerte Konflikte durch die Umstrukturierung der Vasallengebiete in Sowjetrepubliken angelegt worden: Ebenso wie beispielsweise im Fall Obervoltas, das durch Abtrennung seines Territoriums vom französischen Sudan ge-

gründet, aber kurz danach bis 1957 an die Elfenbeinküste angeschlossen wurde, um dann wieder bis 1960 autonomer Besitz Frankreichs zu werden, spielte auch im Falle der Sowjetunion, als das Gebiet des heutigen Tadschikistan von dem 1924 gegründeten Usbekistan abgetrennt und in eine eigene Republik verwandelt wurde, die Überlegung keine Rolle, welche Volksgruppen von den Umstrukturierungen betroffen waren, und ob traditionell zusammengehörige Siedlungsgebiete dadurch auseinandergerissen wurden. Die Bildung national-territorialer Einheiten nach der Gründung der UdSSR 1922 war besonders in Zentralasien und im Kaukasus mit willkürlichen Eingriffen der Zentralgewalt in die Bevölkerungs- und Gebietsstrukturen verbunden. Zwischen 1921 und 1980 sind 90mal Grenzveränderungen nationaler Gebietskörperschaften vorgenommen worden, mit der Folge, daß vorsichtigen Schätzungen des Moskauer Instituts für politische Geographie zufolge beim Zerfall der Sowjetunion 1991 annähernd 76 Grenz- und Gebietsanfechtungen zwischen den unabhängig werdenden Republiken und Gebietseinheiten vorlagen.

Auch für die Entwicklung in Osteuropa ebenso wie für den Ausbruch des jugoslawischen Bürgerkriegs lassen sich ähnlich gelagerte Mechanismen feststellen, die bis ins Jahr 1919/20 zurückreichen, als die Siegermächte des Ersten Weltkrieges aus den Trümmern der Donaumonarchie jene Staaten schufen, unter denen schließlich einzig die Verlierer, Österreich und Ungarn, ethnisch weitgehend homogen zusammengesetzt waren. Den Rest bildeten teils neugeschaffene, teils um wesensfremde Territorien erweiterte Vielvölker-Konglomerate, die sich nur dem Anspruch nach als einheitliche Nationalstaaten zu organisieren begannen – in einem Teil des Kontinents, der mit seiner ethnischen Vermischung dazu die schlechtesten Voraussetzungen bot.

Weiter trugen die Mechanismen der Herrschaftssicherung nicht unwesentlich zur Verschärfung der Konflikte bei. Denn begnügten sich die Kolonialmächte mit der für die spätere Entwicklung verheerenden Taktik, jene einheimischen Kräfte zu stützen, die aus Eigeninteresse bereit waren, den inneren Frieden in Zusammenarbeit mit den Kolonialherren aufrechtzuerhalten oder sich ohne größeren Widerstand den neuen Mächten zu unterstellen, so wurden in der Sowjetunion Konflikte lange Zeit durch ein fatales System von politischen Anreizen konserviert, von dem die Union profitierte.²⁰ Auch Tito versuchte – wie sich erwiesen hat, vergeblich – durch eine Mischung aus diktatorischer Gängelung und Eingehen auf die kulturellen Autonomiewünsche der einzelnen Republiken ein neues Jugoslawien zusammenzuschmelzen, das aus zwei Alphabeten, drei Sprachen, vier Religionen und fünf Nationalitäten bestand, die in sechs

Republiken lebten, von sieben Nationen umgeben waren und mit acht nationalen Minderheiten auskommen mußten.²¹

Angesichts dieses Mechanismus der „Konfliktkonservierung“ blieb es nicht aus, daß viele dieser Konflikte nach der Erlangung der Unabhängigkeit auf dem Wege der „Neukonstruktion“ bzw. „nationalen Restauration“ wieder ausbrachen – insbesondere dort, wo die politischen und sozialen Konsequenzen des „*nation-building*“ noch nicht so weit bewältigt sind, daß die durch sie entstandenen Herrschaftsverhältnisse legitimiert worden wären.

Doch es waren und sind nicht nur ausschließlich diese historischen Entwicklungen, die zum Scheitern der Prozesse beigetragen haben, zwei weitere Faktoren kamen hinzu. Zum einen der Umstand, daß im Gegensatz zu den klassischen Nationalstaaten des Westens, die sich zu einem erheblichen Ausmaß von unten nach oben entwickelt haben und deren Prozeß des „*nation-building*“ Stufe um Stufe verlief, eine vergleichbare Entwicklung in der Dritten Welt nicht stattfinden konnte, da die Eliten mit ihrem allzu etatistischen Staatsbegriff die staatlichen Institutionen zum wichtigsten Träger ihrer Strategie erklärten und mittels überstürzter Entwicklungsprogramme nationale Assimilation sozusagen von oben nach unten herstellen wollten. Mit anderen Worten sollte hier „die Nation dem Staat folgen und nicht umgekehrt“.²²

Zum anderen haben die technologischen Innovationen in den Industrieländern und die sich rasant entwickelnde industrielle Substituierung natürlicher Produkte, Materialien und Werkstoffe durch biotechnologische Herstellung und die Ersetzung von metallischen Rohstoffen wie Kupfer, Nickel u. a. durch Glasfasern und künstliche Leitstoffe wesentlich zur sukzessiven Herausdrängung der meisten, von Rohstoffexport abhängigen Staaten aus Weltwirtschaft und Welthandel geführt. Damit wurde nicht nur vielfach der ansatzweisen Entwicklung einer „nationalen“ politischen Ökonomie – eine der wesentlichen Voraussetzungen und Erfolgsrezepte europäischer Nationenbildung – die Grundlage entzogen. Für die Entwicklung eigener „National-Ökonomien“ kommt erschwerend hinzu, daß angesichts der nahezu revolutionären Umgestaltung der Weltfinanz- und Kommunikationssysteme es hingegen zur Entwicklung Europas heute gar keine „nationale Ökonomie“ mehr gibt, sondern die Entwicklung sich zunehmend im Rahmen „internationaler politischer Ökonomien“²³ vollzieht.

5. Perspektiven

Akzeptiert man dennoch, daß diese Staaten ihren eigenen Weg finden müssen, so spricht die Erfahrung dafür, daß die negativen Begleiterscheinungen dieses „weltzivilisatorischen Prozesses“ in den seltensten Fällen völlig verhindert werden können, am allerwenigsten mit Mitteln der Gewaltanwendung von außen. Denn dort, wo man in derartig gelagerten Konflikten eine militärische Lösung suchte, war die Lage nach ihrer Anwendung schlimmer als zuvor: Als die externen Akteure sich zurückzogen, loderten die Kriege wieder auf.

Ebenso fraglich ist, ob solche Prozesse durch Errichtung von Schutzzonen für bedrohte Minderheiten oder eine nachträgliche Verankerung der Rechte der Minderheiten in die „Allgemeine Erklärung der Menschenrechte“²⁴ vermieden werden können. Mit derartigen rechtlichen und humanitären Maßnahmen kann zwar vielleicht das Leid der Betroffenen gelindert, nicht aber das Grundproblem gelöst werden, zumindest nicht, solange die „Nationalstaatlichkeit“ als ein irreversibler Bestandteil des internationalen Systems betrachtet wird.

Anmerkungen

- 1 Zu einer umfassenden tabellarischen Zusammenstellung der Studien siehe Frank R. Pfetsch: Internationale und nationale Konflikte nach dem Zweiten Weltkrieg, in: *Politische Vierteljahresschrift (PVS)* Heft 2/1991, 285
- 2 István Kende: Kriege nach 1945. Eine empirische Untersuchung. *Militärpolitik Dokumentation*, Heft 27/1982, S. 5.
Kende definiert jene bewaffneten Massenkonflikte als Krieg, in denen jede der folgenden Bedingungen vorhanden war bzw. ist:
„a) Zwei oder mehr bewaffnete Streitkräfte waren an den Kämpfen beteiligt, wobei es sich mindestens in einem Fall um eine reguläre Armee oder anderweitige Regierungstruppen handelte.
b) Die Tätigkeit beider Teilnehmer entfaltete sich in zentral gelenkter, organisierter Form, auch wenn dies nicht mehr bedeutete als bloß organisierte bewaffnete Verteidigung oder strategisch planmäßige Überfälle (Guerillaoperationen, Partisanenkrieg).
c) Die bewaffnete Tätigkeit bestand nicht aus spontanen, sporadischen Zusammenstößen. Beide Teilnehmer arbeiteten nach einer planmäßigen, systematischen Strategie, gleich, ob dabei der Krieg auf dem Gebiet eines einzigen Landes oder dem mehrerer Länder, kürzer oder länger, geführt worden ist.“
- 3 Frank R. Pfetsch (Anmerkung 1), S. 283

- 4 Für eine gründliche und umfassende Auswertung siehe Klaus Jürgen Gantzel (Hrsg.): Die Kriege nach dem Zweiten Weltkrieg bis 1992. Daten und Tendenzen, Münster 1993
- 5 Zu einem umfassenden Überblick siehe: Ekkehard Zimmermann: Dimensionen von Konflikten innerhalb und zwischen Nationen: eine kritische Bestandsaufnahme des faktoren-analytischen Ansatzes in der Makro-Konfliktforschung, in: PVS, Heft 3/1975, S. 343-408. Siehe auch Wolf-Dieter Eberwein: Internes und externes Konfliktverhalten von Nationen 1966-67, in: *Zeitschrift für Soziologie*, Heft 1/1978.
- 6 Barbara Tuchmann: Die Torheit der Regierenden. Von Troja bis Vietnam, Frankfurt/Main 1984.
- 7 Exemplarisch hierzu siehe Konrad Lorenz: Das sogenannte Böse. Zur Naturgeschichte der Aggression, München 1974 sowie Irenäus Eibl-Eibesfeld: Der vorprogrammierte Mensch. Das Ererbe als bestimmender Faktor im menschlichen Verhalten, München 1976. Zu einer kritisch-differenzierten Betrachtung siehe Eva Senghaas-Knobloch: Zur politischen Psychologie internationaler Politik, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B52-53/1988, S. 20 ff.
- 8 Irenäus Eibl-Eibesfeld: Krieg und Frieden aus der Sicht der Verhaltensforschung, München 1984, S. 225
- 9 Dieter Senghaas: Die moderne Entwicklungsproblematik und ihre Implikationen für Friedenspolitik. *AFB-Texte* Nr. 1/1991, S. 9.
- 10 Ausführlicher hierzu siehe Mir A. Ferdowsi: Regionalkonflikte in der Dritten Welt. Dimensionen, Ursachen, Perspektiven. In: derselbe/Peter J. Opitz (Hrsg.): Macht und Ohnmacht der Vereinten Nationen. Zur Rolle der Weltorganisation in Drittwelt-Konflikten, Köln-München 1987, S. 13-53.
- 11 Volker Matthies: Kriegsschauplatz Dritte Welt, München 1988, S. 176.
- 12 Theodor Schieder: Typologie und Erscheinungsformen des Nationalstaates in Europa, in: *Historische Zeitschrift* 202/1966, S. 58-81; Wiederabdruck in: Heinrich August Winkler (Hrsg.): Nationalismus, Königstein/Ts., 1978, S. 120-124.
- 13 Vgl. Ebda, S. 122
- 14 Ausführlicher hierzu siehe Dieter Senghaas: Vom Nutzen und Elend des Nationalismus im Leben von Völkern, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* B31-32/1992, S. 24 ff.
- 15 Dietrich Geyer: Der Zerfall des Sowjetimperiums und die Renaissance der Nationalismen, in: Heinrich August Winkler/Hartmut Kaelble (Hrsg.): Nationalismus – Nationalitäten – Supranationalität, Stuttgart 1993, S. 185.
- 16 Shmuel N. Eisenstadt: Die Konstruktion nationaler Identitäten in vergleichender Perspektive, in: Giesen, Bernhard (Hrsg.): Nationale und kulturelle Identität. Studien zur Entwicklung des kollektiven Bewußtseins in der Neuzeit, Frankfurt/Main 1991, S. 21.
- 17 Ausführlicher zu dieser Entwicklung in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion siehe Gerhard und Nadja Simon: Verfall und Untergang des sowjetischen Imperiums, München 1993, S. 135/36.
- 18 Vgl. Dieter Senghaas (Anmerkung 14), S. 30.
- 19 Siehe hierzu u. a. Wolfgang J. Mommsen (Hrsg.): Das Ende der Kolonialrei-

che, Frankfurt/Main 1990 sowie Franz Ansprenger: Die Auflösung der Kolonialreiche, München 1981.

- 20 Egbert Jahn/Barbara Maier: Das Scheitern der sowjetischen Unionsregierung, HFSK-Report 2/1992, Frankfurt/Main.
- 21 Zit. n. Christoph Bertram: Der Weg in die Tragödie, in: *Die Zeit* Nr. 51/11. Dezember 1992, S. 11.
- 22 Ludger Kühnhardt: Ideologiebildung in der Dritten Welt. Zwischen Nationwerdung und demokratischem Aufbruch, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*, Heft 4/1987, S. 667.
- 23 Siehe hierzu insbesondere Eric J. Hobsbawm: Nationen und Nationalismus. Mythos und Realität seit 1780, Frankfurt/Main 1991, Rolf Knieper: Nationale Souveränität. Versuch über Ende und Anfang einer Weltordnung, Frankfurt/Main 1991 sowie Paul Kennedy: In Vorbereitung auf das 21. Jahrhundert, Frankfurt/Main 1993.
- 24 Siehe ausführlicher hierzu Felix Ermacora: Späte Einsichten. Der Entwurf der UN-Erklärung zum Minderheitenschutz, in: *Vereinte Nationen*, Heft 5/1992, S. 149-153 sowie Klaus Dicke: Die UN-Deklaration zum Minderheitenschutz, in: *Europa-Archiv*, Folge 4/1993, S. 107-116.